DE GRUYTER ARBEIT 2025; 34(4): 429–455

Essay

Klaus Dörre

Dynamiken und Grenzen industrieller Transformation

Ende der grünen Welle?

https://doi.org/arbeit-2025-0021

Zusammenfassung: Obwohl sich die Erderhitzung gefährlichen Kipppunkten nähert, wenden sich Teile der Wirtschaftseliten in industriellen Schlüsselbranchen von ambitionierten Dekarbonisierungszielen ab. Soziologische Beobachtungen folgen diesem Trend. Der Beitrag fragt nach Ursachen für das – vorläufige – Scheitern eines grünen Wirtschaftswunders. Wichtige, obgleich nicht einzige Ursache ist, so die These, die Beharrungskraft eines finanzialisierten Kapitalismus und seiner Transfermechanismen, allen voran der Shareholder-Value-Steuerung von Unternehmen. Im Kontrast zu solchen Hürden des sozial-ökologischen Umbaus der Industrie werden aber auch Alternativen skizziert. Die Transformation der Industrie in Richtung Nachhaltigkeit könnte gelingen, wenn ein ökologischer Sozialstaat für Sicherheit und Gerechtigkeit im Wandel sorgt. Der Autor wendet sich gegen die neue Bescheidenheit in der Soziologie und plädiert für eine kritische Transformationsforschung, die finanzkapitalistische Ursachen der „großen Restauration“ fossiler Produktionsweisen klar benennt.

Schlüsselwörter: Sozial-ökologische Transformation, Finanzialisierung, Nachhaltigkeit, autoritärer Liberalismus, ökologischer Sozialstaat

Dynamics and limits of industrial transformation

The end of the „Green Deal“?

Prof. Dr. Klaus Dörre, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Fürstengraben 1, 07743 Jena, Deutschland. E-Mail: klaus.doerre@uni-jena.de

Open Access. © 2025 Autor, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung – Nicht-Kommerziell – Keine Bearbeitung 4.0 Lizenz.

Abstract: Although global warming is approaching dangerous tipping points, parts of the economic elite in key industrial sectors are turning away from ambitious decarbonization targets. Current sociological observations follow this trend. This article examines the causes of the (provisional) failure of a green economic miracle. An important (though not sole) cause, according to the thesis, is the persistence of financialized capitalism and its transfer mechanisms, above all the shareholder value management of corporations. Not only the obstacles to the socio-ecological restructuring of industry are identified here, however; alternatives are outlined, too. The transformation of industry towards sustainability could succeed if an ecological welfare state ensures security and justice during the transition. The author opposes the new modesty in sociology and advocates critical transformation research that clearly identifies the financial-capitalist causes of the current "great restoration" of fossil-fuel-based production.

Keywords: Socio-ecological transformation, financialization, sustainability, authoritarian liberalism, ecological welfare state

1 Einführung

„Shareholder Value galt als Ausdruck der Kurzfristdenke.
Jetzt gilt es, den Stakeholdern gerecht zu werden" (Honold 2020)

Inmitten der Corona-Pandemie hatte der Gründer des Davoser Weltwirtschaftsforums dazu aufgerufen, „unsere Welt neu zu überdenken, damit sie besser und gestärkt aus dieser Krise hervorgeht" (Schwab/Malleret 2020, 20). Künftig könnten „durch den Einsatz von rund 250 Milliarden US-Dollar an Fördermitteln auf äußerst kosteneffiziente Weise bis zu 37 Millionen naturfreundliche Arbeitsplätze" entstehen. Deshalb dürfe die Umweltsanierung „nicht als Kostenfaktor betrachtet werden, sondern als eine Investition, die Wirtschaftsaktivität und Beschäftigungsmöglichkeiten schafft" (ebd., 176).

Ein halbes Jahrzehnt später scheint das alles vergessen. „Ende der Grünen Welle", titelt die WirtschaftsWoche. Die Transformation der Industrie stehe auf der Kippe (Güßgen/Thier 2025, 40–41). Anlass bietet ein Brief von Betriebsräten an Kanzler Merz, der die Industrie in der „schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg" wähnt. Politische Versprechungen eines grünen Wirtschafts-

wunders hätten sich als „Schall und Rauch“ erwiesen, noch nie seien „so viele gute Arbeitsplätze bedroht“ gewesen wie heute.[1]

Solche Stimmen signalisieren, dass der Traum vom grünen Wirtschaftswunder vorerst zerplatzt ist. Sebastian Matthes (2025a) benennt wichtige Gründe. Mit der Zollpolitik Donald Trumps weiche der Welthandel, der deutschen Maschinenherstellern oder Autobauern erlaubte, ihre Waren in alle Welt zu verkaufen, einer neuen Realität. Die einstmals globalisierte Welt zerfalle „in Handels- und Machtblöcke: die USA, China – und Europa“. Fest stehe auch, wer die „großen Verlierer“ dieser Entwicklung seien: „Die kleineren, mittelständischen Firmen, die zwar eifrig exportiert haben, nun aber nicht in der Lage sind, Produktionsanlagen einfach im Ausland aufzubauen. Und die deutschen Arbeitnehmer, die darunter leiden, dass mehr gut bezahlte Jobs ins Ausland verschoben werden“ (ebd.).

Dass das „Geschäftsmodell Deutschlands, bei dem Firmen zu Hause produzierten und in alle Welt exportierten“, nicht mehr funktioniert (ebd.), klingt plausibel. Doch ist die Lage tatsächlich derart ausweglos, wie es in der wirtschaftsnahen Presse anklingt? Die Suche nach Antworten führt zu den Leitthesen dieses Beitrags.[2] Wesentliche Ursachen für das Scheitern des grünen Wirtschaftswunders sind, so die *erste These*, nicht etwa zu hoch gesteckte Nachhaltigkeitsziele und überbordender Staatsinterventionismus, wie Armin Nassehi (2024, 207) vermutet. Es ist die Kontinuität eines finanzialisierten Kapitalismus, der soziale Ungleichheiten verstärkt, organisierte Arbeitsbeziehungen schwächt, Planungs*un*sicherheit für Unternehmen stiftet, langfristige Investitionen in „grüne“ Zukunftsmärkte erschwert und so den Boden für einen klimapolitischen *backlash* bereitet. Ein sozial-ökologischer Umbau des Industriemodells kann – *These zwei* – nur gelingen, sofern Alternativen zu einem finanzialisierten Wachstum gefunden werden, die ein besseres, weil nachhaltiges Leben für alle ermöglichen. Fahrlässig wäre es hingegen, Klima- und Dekarbonisierungsziele aufzuweichen, um sich, wie nun auch im intellektuellen Raum postuliert (vgl. Blühdorn 2024), mit dem „Abschied von ‚Fortschritt‘ und ‚Transformation‘“ abzufinden (Adler 2024). Um diese Sichtweise zu begründen, werfen wir zunächst einen Blick auf den theoretischen Rahmen unserer Transformationsforschung (2), betrachten sodann die Kontinuitäten eines finanzialisierten Kapitalismus sowie deren Auswir-

1 Unterzeichnet haben Betriebsräte der LEAG (Lausitz Energie Kraftwerke AG), von ArcelorMittal Eisenhüttenstadt und BASF Schwarzheide sowie die zuständige Bezirksleiterin der IG BCE (Teubner u.a. 2025).

2 Die Ausführungen beruhen auf Arbeiten meiner Jenaer Forschungsgruppe. Wo ich im Plural formuliere, trägt das den gemeinsamen Anstrengungen Rechnung.

kungen auf den Umbau der Industrie (3), diskutieren analytische Konsequenzen (4) und stellen abschließend die Idee eines ökologischen Sozialstaats zur Diskussion, deren Realisierung es erlauben würde, Transformationskonflikte produktiv zu bearbeiten (5).[3]

2 Theoretischer Rahmen, Schlüsselbegriffe

Der theoretische Rahmen einer nunmehr zehnjährigen Transformationsforschung lässt sich mit Hilfe der Schlüsselbegriffe Landnahme, Finanzkapitalismus/Finanzialisierung und sozial-ökologische Transformation skizzieren.

Landnahme: Das Konzept einer „inneren Landnahme", die „in Analogie zur ‚äußeren Landnahme' des Imperialismus gesehen werden" kann, stammt ursprünglich von Burkart Lutz (1984, 213). Das Ende des Nachkriegswirtschaftswunders vor Augen, deutete der Nestor der deutschen Industriesoziologie die Dynamik des prosperierenden fordistischen Kapitalismus in Anlehnung an Rosa Luxemburgs Akkumulationstheorie als Landnahme an nichtkapitalistischen Milieus (ebd., 57; Luxemburg 1975 [1913], 314). Demnach lässt sich „jeder Wachstumsschub als eine Phase je spezifischer Landnahme durch den expandierenden industriell-marktwirtschaftlichen Teil der Volks- und Weltwirtschaft beschreiben" (Lutz 1984, 62). Mit dieser Überlegung nimmt Lutz vorweg, was mittlerweile als Landnahmetheorem Eingang in die soziologische Debatte gefunden hat (vgl. Dörre 2009). Für ihre Reproduktion sind kapitalistische Produktionsweisen in all ihren Spielarten auf die fortwährende Eroberung von „neuem Land" angewiesen. Land steht neben Territorien bzw. Grund und Boden für Bevölkerungsgruppen, Produktionsweisen, Lebensformen und neuerdings für Wissensbestände und personengebundene Erfahrungen, die nicht oder noch nicht vollständig vom kapitalistischen Warentausch durchdrungen sind. Im Zuge ihrer erfolgreichen Expansion zerstören kapitalistische Produktionsweisen allerdings immer wieder, was sie für ihre erweiterte Reproduktion benötigen. Auf der einen Seite bedingt der systemische Zwang zu Marktexpansion und erweiterter Reproduktion des Kapitals, dass sich Marktimperative – Akkumulationszwang, Aneignung von Mehrarbeit und ökonomischer Wachstumsdrang – weltweit verallgemeinern. Auf der anderen Seite ist diese Ausdehnung nur möglich, sofern Gesellschaften dafür

3 Erwähnt sei, dass die Ausführungen hauptsächlich auf dem Jenaer Datensatz zur sozial-ökologischen und digitalen Transformation (JeTra) beruhen, der 430 problemzentrierte Interviews mit Führungskräften und Beschäftigten aller Hierarchiestufen und Fallstudien in Betrieben industrieller Schlüsselbranchen umfasst (dazu ausführlich: Dörre u.a. 2025b, 353–362).

Sorge tragen, dass Märkte sozial und institutionell eingebettet werden. Das heißt: Je erfolgreicher der Kapitalismus expandiert, desto höher werden die Kosten für die physische und soziale Infrastruktur, die rationales Verhalten an Märkten überhaupt erst ermöglicht.

Finanzkapitalismus/Finanzialisierung:[4] Das strukturelle Expansionsparadox kapitalistischer Produktionsweisen hat in der Finanzialisierung von Unternehmen, Haushalten und Staaten eine besondere Ausprägung erfahren. Finanzialisierung (Epstein 2005; Blakeley 2021, 10) beschreibt

> „eine ‚Zunahme der Bedeutung von Finanzmotiven, Finanzmärkten, Finanzakteuren und Finanzinstitutionen für das Funktionieren der Binnen- und Weltwirtschaft'. Finanzialisierung heißt also, dass Finanzinstitute – von Banken über Hedgefonds bis hin zu Pensionsfonds – größer und zahlreicher werden und einen wachsenden Einfluss auf alle anderen Wirtschaftsakteure ausüben, insbesondere auf die Haushalte, die Unternehmen und die Staaten. Das Wachstum des Finanzwesens hat zur Entstehung eines neuen Wirtschaftsmodells geführt. Die Finanzialisierung stellt also einen tiefgreifenden strukturellen Wandel in der Funktionsweise der Wirtschaft dar."
>
> Blakeley 2021, 10

Obwohl sich die Finanzialisierung in Deutschland und Kontinentaleuropa nur eingeschränkt und modifiziert durchgesetzt hat (vgl. Faust u.a. 2017; Kraemer/Nessel 2012), ist dieses Konzept bei der Suche nach Ursachen für die „große Restauration" (Matthes 2025b) fossiler Produktionsweisen unentbehrlich. Beim Finanzkapitalismus handelt es sich um ein zeitweilig hegemoniales Akkumulations- und (Re-)Produktionsregime, dessen immanente Widersprüche für ständige Bewegung und Veränderung sorgen, weshalb zwischen Leitbildern, tatsächlicher Praxis sowie deren Mikro-Makro-Dynamiken zu unterscheiden ist (Schmalz 2025). Auf den Finanzmärkten beobachten Eigentümer, institutionelle Anleger, Ratingagenturen, Kreditinstitute und andere Akteure „wechselseitig ihre Erwartungs-Erwartungen, die sich auf Basis eines kontinuierlichen Stromes von Informationen bilden" (Windolf 2005, 31). Finanzmärkte sind deshalb „effiziente Maschinen zur Informationsverarbeitung" (ebd.), die Marktteilnehmer permanent mit Hinweisen auf gewinnträchtige Anlagemöglichkeiten versorgen.

Allerdings funktioniert die Maschine fehlerhaft, weil die Informationen unvollständig bleiben. Um Aussagen über künftige Erträge treffen zu können, müssen Finanzmarktakteure die Zukunft modellieren. Das können sie jedoch allenfalls annäherungsweise. Prognosen beruhen überwiegend auf Informationen aus

---

4 Ich nutze die Kurzform Finanzkapitalismus synonym mit „Finanz*markt*kapitalismus" (Windolf 2005) und Finanzialisierung als Bezeichnung für die finanzmarktgetriebene Landnahme.

Vergangenheit und Gegenwart, die in die Zukunft projiziert werden. Auf Finanzmärkten wird deshalb nicht nur mit Wetten auf die Zukunft, sondern auch mit Gegenwetten, von ihnen abgeleiteten Wetten usw. Handel getrieben. Ein zur Finanzierung von Investitionen für die erwarteten Gewinne von morgen an sich sinnvoller Modus Operandi beruht somit auf intertemporalen Verflechtungen, die ein hoch spekulatives Moment beinhalten.

Transformation: Das wird deutlich, wenn man betrachtet, welche Anforderungen mit der Dekarbonisierung industrieller Produktion verbunden sind. In der Geschichte des Kapitalismus hat es immer wieder Perioden der Entbettung (*disembedding*) von Märkten gegeben, denen Perioden einer strikteren Marktregulation folgten. Karl Polanyi hat diese Doppelbewegung als „Great Transformation" beschrieben (Polanyi 1995 [1944]). In kritischer Auseinandersetzung mit Polanyi spricht Michael Burawoy von „drei Wellen der Vermarktlichung", die jeweils Gegenbewegungen auslösten (Burawoy 2015, 152). Die dritte Welle der Kommodifizierung – präziser als (finanz-)marktgetriebene Landnahme des Sozialen (vgl. Dörre 2015, 270) zu bezeichnen – hat eine Ära der Marktöffnung begründet, die in eine Metakrise historisch neuen Typs, in eine ökonomisch-ökologische Zangenkrise eingemündet ist (Dörre 2019, 15, 20–21).[5] Zangenkrise bedeutet, dass das wichtigste Mittel zur Überwindung ökonomischer Stagnation und zur Pazifizierung sozialer Konflikte in kapitalistischen Marktwirtschaften, die Stimulierung von Wirtschaftswachstum gemessen an den Kriterien des Bruttoinlandsprodukts (BIP), unter Status-quo-Bedingungen – hoher Emissionsausstoß sowie ressourcen- und energieintensive Produktion auf fossiler Grundlage – ökologisch zunehmend destruktiv und deshalb gesellschaftszerstörend wirkt.

Zwischenfazit: Sozial-ökologische Transformation zwischen Skylla und Charybdis

Frühindustrialisierte Staaten wie die Bundesrepublik bewegen sich demnach zwischen Skylla und Charybdis. Bleibt konventionelles Wirtschaftswachstum aus, steigt die soziale Not; kommt es hingegen in Gang, eskalieren ökologische Großgefahren, allen voran der Klimawandel. Wirksamer Klimaschutz verlangt daher nach einer raschen Dekarbonisierung der Wirtschaftsweise. Für die ange-

5 Ähnlich argumentiert Michael Burawoy, der die „ökologische Katastrophe" als Wegscheide betrachtet, von der neue Entwicklungspfade abzweigen (Burawoy 2015, 45).

strebte sozial-ökologische Transformation[6] existieren politisch gesetzte Ziel- und Zeitvorgaben. So müssen die Ökonomien des EU-Raums bis spätestens 2050 karbonfrei produzieren, um das 1,5-Grad-Erderhitzungsszenario, das die Folgen des Klimawandels noch einigermaßen unter Kontrolle hält, überhaupt noch realisieren zu können. Die Bundesrepublik hat sich zum Ziel gesetzt, dieses Ziel bereits 2045, also vorfristig zu erreichen. Um Investitionen in Zukunftsfelder zu lenken, wäre es, aus der Perspektive eines „ideellen Gesamtkapitalisten" (Engels 1971 [1894], 260) betrachtet, prioritäre staatliche Aufgabe, aktiv an der Bildung grüner Zukunftsmärkte und -industrien mitzuwirken. Dies verlangt, der Elektromobilität, emissionsfreien Produktionsverfahren oder dem Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft durch jenes ‚Tal des Todes' zu helfen, das Zukunftstechnologien und deren Produkte bei der Markteinführung stets durchschreiten müssen. Es geht um Investitionen in den sekundären oder tertiären Kapitalkreislauf (Harvey 2005, 112), die sich nur in langen Zeitintervallen amortisieren. Um Anlagekapital für riskante Sprunginnovationen zu ermöglichen, müsste der Staat „zu jeder Zeit im Konjunkturzyklus die Rolle eines echten Tigers spielen", während den Unternehmen nur die Rolle von „Hauskatzen" bliebe (Mazzucato 2013, 17).

3 Vom Green Deal zum „autoritären Liberalismus"

Als wir mit unserer Forschung zum sozial-ökologischen Umbau der Industrie starteten, sah es so aus, als hätte die Finanzialisierung samt dem mit ihr verbundenen Druck auf Wohlfahrtsstaat und organisierte Arbeitsbeziehungen ihren Zenit bereits überschritten. Fiskal-, finanz-, struktur- und industriepolitisch tat sich im Gefolge der Corona-Rezession im Rahmen des europäischen Green Deal Erstaunliches. Insgesamt 1,8 Billionen Euro wollten die Mitgliedstaaten der EU bis 2027 aufwenden, um die Wirtschaft neu aufzubauen. Immerhin 30 Prozent der Gelder sollten für grüne Investitionen ausgegeben werden. Zur Finanzierung des europäischen Green Deal nahmen die Staaten erstmals gemeinsame Schulden auf. Damit deutete sich ein wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel an, den manche defensive Verteidigung des nationalen Wohlfahrtsstaats analytisch aus-

6 Nachfolgend wird der Transformationsbegriff bewusst eng gefasst und auf den sozial-ökologischen Umbau der Industrie begrenzt. Die Digitalisierung (vgl. Hirsch-Kreinsen u.a. 2018) wird vernachlässigt. Zur Differenz einer weiten und einer engen Definition von Transformation vgl. Dörre u.a. 2025a, 20–21.

geschlossen hatte (vgl. Streeck 2013). Ökologische Nachhaltigkeits- und Klimaziele wurden vom Europaparlament gegen die Voten mächtiger Wirtschaftslobbys, unter ihnen die deutsche Autoindustrie, und trotz des Einspruchs der Bundesregierung mehrfach deutlich verschärft. Gegen alle Widerstände erklärten Europäische Kommission und Europaparlament die Elektrifizierung von Antrieben, Verkehr und Mobilität zu einem industriepolitischen Leitprojekt. Den Unternehmen wurden über eine gesetzlich vorgeschriebene Nachhaltigkeitsberichterstattung umfangreiche Reporting-Pflichten auferlegt, die einen den Finanzinformationen vergleichbaren Stellenwert erhalten sollten (Urban 2025, 307).

Zeitgleich wurde staatlichen Akteuren eine neue Rolle im Wirtschaftsgeschehen zugewiesen. Der Staat sollte europäisch, national wie regional als Ressourcenbeschaffer, Planer und Finanzier von Infrastruktur, Garant von Eigentumsrechten gegenüber der Konkurrenz aus Übersee und im besten Falle als Beschleuniger sozial-ökologischer Innovationen agieren. Nicht *ob*, sondern *wie* Staatsinterventionen zugunsten des sozial-ökologischen Umbaus auszusehen hatten, wurde für erhebliche Teile entscheidungsfähiger Eliten zu einer Frage der Überlebensfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems. Zumindest implizit brach der Green Deal mit dem Diktum, wonach der Staat stets als der schlechtere Unternehmer zu betrachten sei. Dementsprechend näherte sich die wirtschaftspolitische Ausrichtung der deutschen Ampel-Koalition Überlegungen an, die nach einer an den Sustainable Development Goals (SDGs) ausgerichteten politischen „Mission“ (Mazzucato 2020) verlangten. Warum ist dieses Projekt, das so hoffnungsvoll startete, gescheitert?

3.1 Choke-chain effect und Deindustrialisierung

Ein Antwortversuch führt zu jener politökonomischen Konstellation, die James Galbraith treffend als „choke-chain effect“ (Galbraith 2016, 121–151) beschrieben hat. Mit Würgehalsbandeffekt ist gemeint, dass die ressourcen- und energieintensive Wirtschaftsweise, wie sie nach 1945 über hohe Wachstumsraten für Wohlstand gesorgt hatte, nur so lange effizient ist, wie „die Ressourcen billig bleiben“ (ebd., 136). Ressourcenintensität bedeutet hohe Fixkosten, die sich nur langfristig amortisieren. Politische und gesellschaftliche Stabilität ist somit eine zentrale Funktionsbedingung dieser Art des Wirtschaftens. Ein Finanzsystem, das systemisch Instabilität generiert, konterkariert jedoch Anforderungen an Planungssicherheit und Langfristigkeit.

Industriemodelle, die, wie das deutsche, hochgradig von fossilen Energieträgern sowie knappen Rohstoffen und Naturressourcen abhängen, sind daher besonders verwundbar. In einer unsicheren, von Kriegen, Pandemien, gestörten

Lieferketten, Rezession und Stagnation geprägten Weltwirtschaft verkürzt sich der Zeithorizont für Gewinne und Investitionen radikal. Weil die Gewinnmargen schrumpfen, gewinnen Verteilungskonflikte zwischen Arbeitenden, Management, Eigentümern und Steuerbehörden an Intensität. Das Vertrauen in eine positive Entwicklung geht verloren, große Projekte werden auf die lange Bank geschoben. Mit dem russischen Überfall auf die Ukraine, dem anhaltenden Krieg, der militärischen Eskalation in Nahost und den gestiegenen Energiepreisen zieht sich das „Würgehalsband", das die Abhängigkeit von billigem russischem Öl und Erdgas um den Hals von Teilen der deutschen und europäischen Industrie gelegt hat, zusammen. Eine Folge ist der spürbare Abbau von Industriearbeitsplätzen.

Im März 2025 verzeichnete das verarbeitende Gewerbe bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen ein Minus von 127.000 gegenüber dem Vorjahr; die metallverarbeitende Industrie hat 93.000 Beschäftigungsverhältnisse eingebüßt (BA 2025, 8). Stark betroffen ist die Autobranche, deren Umsatz 2024 um 5 Prozent zurückging, bei den Zulieferern waren es gar 8 Prozent. Allein im Verlauf des Jahres 2024 wurden 19.000 Stellen abgebaut. Zum Jahresende lag die Beschäftigung um 2,4 Prozent unter dem Vorjahresniveau (EY 2025a). Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht absehbar. Unternehmen wie VW, Stellantis (Opel), Bosch, ZF, BASF und Michelin haben den Abbau zehntausender Stellen oder, wie im Fall von Ford Saarlouis, sogar Werksschließungen fest eingeplant. Bei kleinen und mittelständischen Zulieferbetrieben nehmen Insolvenzen zu. Dass die Beschäftigung in der Sozialwirtschaft und dem Gesundheitswesen zeitgleich wächst, ist wenig tröstlich, denn in der Industrie fallen gut bezahlte Arbeitsplätze weg, die wiederum mit einer hohen Zahl unternehmensbezogener Dienstleistungstätigkeiten verbunden sind.

Wenngleich der Würgehalsband-Effekt in seinen Auswirkungen nach Branchen und Unternehmen kräftig streut, ist er doch ein wesentlicher Grund für die nachlassende Bereitschaft privater Unternehmen, in den sozial-ökologischen Umbau zu investieren. Welchen Anteil haben Transfermechanismen des finanzialisierten Kapitalismus an dieser Entwicklung? Methodisch ist es alles andere als einfach, solche Einflüsse nachzuweisen. Zusätzlich zu den bereits genannten Unsicherheitsherden haben sich geringe Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität, Überalterung, schrumpfende Arbeitskräftepotenziale und ausbleibende Investitionen zu einem Problemknäuel verdichtet, das monokausale Erklärungen verbietet. Auffällig ist dennoch, dass sich destruktive Wirkungen eines Finanzkapitalismus, wie sie Grace Blakeley bevorzugt im anglo-amerikanischen Wachstumsmodell (Blakeley 2021, 11) verortet, auch in Deutschland und Kontinentaleuropa finden.

3.2 Kontinuität und Reanimation des Finanzkapitalismus

Was Blakeley prägnant als „Todeskampf des finanzgetriebenen Wachstums“ beschreibt (ebd., 17), ist in der jüngeren Vergangenheit zu einem ernsten Hindernis für den sozial-ökologischen Umbau der Industrie geworden. Betrachten wir einige markante Entwicklungen.

Wachstum: Über Jahrzehnte hinweg wurde ein „finanzgetriebenes Wachstum“ (Blakeley 2021, 5) generiert, das sich in starken Vermögenszuwächsen niedergeschlagen hat. In der Bundesrepublik haben sich die Nettovermögen zwischen 2011 und 2023 in allen Statusgruppen erheblich vergrößert. Dieser Zuwachs zementiert jedoch eine seit Langem höchst ungleiche Vermögensverteilung.

Bedeutsam ist das für den sozial-ökologischen Umbau nicht nur, weil der Klimafußabdruck mit der Höhe von Vermögen und Einkommen zunimmt, sondern auch, weil die Konzentration von Vermögen in den Händen winziger Minderheiten auf eine Monopolisierung von Entscheidungsmacht über Investitionen und Geschäftsmodelle hinausläuft. Daraus resultieren Machtasymmetrien, die für den sozial-ökologischen Umbau folgenreich sind. Denn ausschlaggebend für klimaschädliche Emissionen sind private und staatliche Investitionen, nicht individuelle Konsummuster (Chancel 2022; Huber 2022). Der Ausschluss großer Bevölkerungsmehrheiten von Entscheidungen über Investitionen und Geschäftsmodelle reproduziert, was der Philosoph Günther Anders (2018 [1956]) treffend als Trennung von Moral und Gewissen bezeichnet hat. Weil sie auf die Zwecke der Produktion kaum Einfluss nehmen können, sind die von Löhnen abhängigen Produzenten relativ gleichgültig gegenüber dem, was sie herstellen. Ständige Appelle zur aktiven Beteiligung der Belegschaften am sozial-ökologischen Umbau laufen deshalb auf eine Quadratur des Kreises hinaus, denn sie verlangen von den Arbeitenden die Identifikation mit Produkten, über deren Herstellung und stoffliche Beschaffenheit die eigentlichen Produzenten selbst nicht entscheiden können (Dörre u.a. 2025c, 162).

Eigentumsverhältnisse: Die Internationalisierung von Eigentumsverhältnissen trägt im Feld der Unternehmen erheblich zu einer Verschärfung dieser Problematik bei, denn sie anonymisiert Verantwortlichkeiten. Mittlerweile befinden sich die DAX-Konzerne überwiegend im Besitz ausländischer Investoren (52,6 Prozent). 2025 halten deutsche Anleger nur noch ein Drittel (33,1 Prozent) der Aktien dieser Unternehmen. Von den 54 Milliarden Euro Dividendenausschüttungen ist die Rekordsumme von mindestens 26,9 Milliarden Euro ins Ausland gegangen. Damit setzt sich eine Internationalisierung fort, die bedingt, dass DAX-Konzerne ihre *homebase* nur noch als einen Markt unter anderen betrachten. Sicherlich haben Anteilseigner unterschiedliche Interessen und nicht jeder Investor nimmt Einfluss auf Geschäftsmodelle. Es spricht aber einiges dafür, dass die

Grundidee des deutschen Sozialkapitalismus, wonach sich ein gerechter Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit als Produktivkraft erweist, bei den Eigentümern mehr und mehr an Überzeugungskraft verliert.

Während die Gewinnentwicklung der DAX-Unternehmen im Krisenjahr 2024 negativ war, erreichten die Dividendenausschüttungen nahezu Rekordniveau. In der kriselnden Autoindustrie gingen die Ausschüttungen zwar um 21 Prozent zurück; sie lagen damit aber noch immer deutlich über dem Niveau der Gewinne, die um 72 Prozent (nach Abzug der Wertberichtigung bei der Porsche AG um 30 Prozent) einbrachen. Selbst in Krisensituationen haben sich die relativen Anteile extrahierter Renditen (Blakeley 2022, 14) an den Gewinnen vergrößert. Erwartet wird, dass sich die Ausschüttungen der DAX-Konzerne an die Aktionäre trotz rezessiver Entwicklung künftig auf hohem Niveau stabilisieren (EY 2025b).

Bei den Gewinneinbrüchen in der Autoindustrie ist zudem zu berücksichtigen, dass die in der Bundesrepublik ansässigen Endhersteller noch in der jüngeren Vergangenheit Rekordgewinne einfahren konnten. So war Mercedes-Benz beim operativen Gewinn mit rund 5,2 Milliarden Euro noch 2022 weltweit Spitzenreiter, gefolgt von VW mit 4,3 Milliarden Euro; BMW rangierte mit 3,7 Milliarden Euro auf Rang fünf (EY 2023). Wenn also von dramatischen Gewinneinbrüchen bei den Autoherstellern gesprochen wird, so ist zu berücksichtigen, dass Erträge auf Rekordniveau den Ausgangspunkt solcher Bewertungen bilden.

Produktivität und Entlohnung: Betrachtet man den Zeitraum zwischen 1980 und 2020, so zeigt sich parallel zu rekordverdächtigen Gewinnen und Renditen, dass in den alten kapitalistischen Zentren eine allmähliche Entkoppelung von Entlohnung und Produktivität stattfindet. Nicht nur in Großbritannien und den USA, auch in wichtigen Ländern der EU haben die Mittelklassen durchweg höhere Einkommenszuwächse erzielt als die Arbeiterklassen. Das verfügbare Realeinkommen der Arbeiterhaushalte in Frankreich, Deutschland oder den USA stieg durchschnittlich um weniger als ein halbes Prozent pro Jahr, während es in den Mittelklassen um ein Prozent oder mehr zunahm. Die Aussicht, es besser zu haben als die Eltern, hat für Kinder aus den Mittelklassen Bestand, für den Nachwuchs der Arbeiterklassen ist dieses Versprechen seit längerem außer Kraft gesetzt (Moawad/Oesch 2025).[7] Eine Hauptursache sehen die Autoren in schrump-

7 Die Autoren operieren mit einem stark vereinfachten Klassenmodell, das die Klassenzugehörigkeit auf der Grundlage beruflicher Tätigkeiten bestimmt. Argumentiert wird, dass die meisten einkommensbasierten Definitionen der Mittelschicht die Klassenhierarchie westlicher Gesellschaften nicht angemessen erfassen. Um dies zu korrigieren, entwickeln die Autoren einen berufsbasierten Klassenindikator, der Geringqualifizierte von der qualifizierten Arbeiterklasse sowie die untere von der oberen Mittelschicht unterscheidet. So lässt sich vermeiden, dass alle, die

fenden Industriearbeitsplätzen, wachsender Konkurrenz unter den Beschäftigten und daraus resultierend sinkender gewerkschaftlicher Organisationsmacht.

Ins Bild passt, dass sich Prekarität in der deutschen Arbeitsgesellschaft trotz Fachkräfteknappheit und langer Prosperität strukturell verfestigt hat. Zwischen 2009 und 2016 war nahezu jede vierte Person dauerhaft in unsicheren Erwerbsverhältnissen tätig (mindestens fünf von acht Jahren, Destatis/WZB 2021, 185). Dabei zeichnen sich gravierende Ost-West-Unterschiede ab. Am häufigsten unsicher beschäftigt waren Männer (29 Prozent), am seltensten Frauen (19 Prozent) in den neuen Ländern. In den alten Ländern waren die Anteile bei Männern (24 Prozent) und Frauen (22 Prozent) in etwa gleich groß. Anders als häufig angenommen, ist das unbefristete, vertraglich abgesicherte Normalarbeitsverhältnis aber kein Auslaufmodell. Es wird vornehmlich von Männern ausgeübt, bietet jedoch keinen zureichenden Schutz vor Prekarität. Trotz Integration in Normalarbeitsverhältnisse fiel in den alten Bundesländern „fast jede fünfte (17 %) und in den neuen Bundesländern exakt jede fünfte Erwerbsepisode von Männern in dauerhaft prekäre Erwerbsverläufe“ (ebd.).

Wichtigste Treiber unsicherer Beschäftigung sind neben marktaffinen Arbeitsmarktpolitiken kapitalmarktorientierte Steuerungsformen, die das strategiefähige Management als Machtressource nutzen kann, um Wettbewerbsvorteile primär über die Rekommodifizierung und Prekarisierung von Lohnarbeit zu realisieren. Ein solcher Modus Operandi finanzkapitalistischer Landnahme entlastet das operative Management von aufwendigen Prozess- und Produktinnovationen. Realisiert wird, was kurzfristig kostengünstig und machtpolitisch einfach durchsetzbar erscheint. Seit Langem fällige Innovationen wie der ökologische Umbau des Wertschöpfungssystems Automobil werden hingegen hinausgezögert. Krieg und Inflation haben diese Entwicklung weiter verstärkt. In Schlüsselbranchen wie der Autoindustrie wächst die Gefahr, dass selbst Stammbeschäftigte dauerhafte Wohlfahrtsverluste hinnehmen müssen. Trotz sinkender Langzeitarbeitslosigkeit verfügten 2023 12 Millionen Menschen über weniger als 60 Prozent des mittleren Äquivalenzeinkommens. Der Bevölkerungsanteil, der von erheblicher materieller und sozialer Entbehrung betroffen ist, lag bei 6,9 Prozent der unter 65-Jährigen. 6,2 Millionen Menschen waren nicht in der Lage, Mieten, Hypotheken, eine einwöchige Urlaubsreise oder einen Restaurantbesuch mit der Familie zu finanzieren (Destatis 2024) – ein Indikator für das, was Blakeley als wachsende Armut unter Arbeitenden beschreibt.

---

nicht arm sind, der sozialen Mitte zugerechnet werden. Mit unserem Jenaer Klassenmodell (Butting u.a. 2025, 50–58) ist diese Hierarchisierung bedingt kompatibel.

Bei den Einkommen der DAX-Vorstände zeigt sich indes eine entgegengesetzte Entwicklung. Ungeachtet aller konjunkturellen Aufs und Abs haben sich die Vorstandsgehälter im Unterschied zu den Durchschnittslöhnen lange Zeit als besonders krisenfest erwiesen. Der Verdienst von Vorsitzenden in DAX-40-Unternehmen war 53-mal höher als das Durchschnittgehalt ihrer Belegschaften. Für den sozial-ökologischen Umbau ist das folgenreich, weil sich hohe Vorstandsgehälter vor allem über hohe Gewinne und Renditen rechtfertigen. Top-Manager, ausgestattet mit Kurzfristverträgen und ohne Bindung an ihr Unternehmen, sind deshalb an Produkten interessiert, die den höchsten Gewinn abwerfen. Weil die Erträge etwa bei verbrennungsmotorischen Fahrzeugen deutlich höher liegen als bei E-Pkw, kann das eine Innovationsträgheit begünstigen, die erheblich zu den technologischen Rückständen deutscher Hersteller beitragen dürfte.

Prosperitätsversprechen: Als Ergebnis des „finanzialisierten Wachstums" hat sich auch in der Bundesrepublik eine „Trickle-up-Ökonomie" (Blakeley 2021, 14) herausgebildet, in welcher die hohen Gewinne privater Unternehmen und deren wachsende Renditeanteile mehr oder weniger direkt zulasten der von Löhnen abhängigen Klassen gehen. Angesichts der strukturellen Verfestigung klassenspezifischer Ungleichheiten versagt die finanzialisierte „Maschine zur Informationsverarbeitung". Weil sich hyperoptimistische Renditeversprechen nicht erfüllt haben, konterkarieren wichtige Finanzmarktakteure mit ihren Renditekalkülen langfristige Investitionsbedarfe für grüne Märkte und Technologie. Nehmen wir als Beispiel die Investmentgesellschaft BlackRock. 2020 hatte CEO Larry Fink in seinem Jahresbrief geschrieben, das von ihm geführte größte Investmenthaus der Welt werde Nachhaltigkeit und Klimaschutz ins Zentrum seiner Anlagestrategie rücken (Fink 2020). Zwei Jahre später aktualisierte der BlackRock-Manager diese Ausrichtung mit den Worten, dass kaum etwas mehr Einfluss auf die Kapitalallokation haben werde als die weltweite Energiewende. Die „tektonische Kapitalverschiebung hin zu nachhaltigen Anlagen" (Preuss 2022), die bereits die Schwelle von vier Billionen Dollar überschritten habe, werde weiter Fahrt aufnehmen. Speerspitze der Veränderungen sei die E-Mobilität; sie stehe exemplarisch für die Dekarbonisierung als „größte Anlagechance unserer Zeit" (ebd.).

Wenige Jahre später gehört BlackRock zu jenen institutionellen Anlegern, die sich von ökologischer Nachhaltigkeit und Diversität verabschieden. Investitionen nach ESG-Kriterien[8] können sich nur längerfristig amortisieren, sie verlieren für Finanzmarktakteure an Attraktivität, wenn Renditeversprechen unerfüllt bleiben. Zwar wird die Abkehr vom grünen Wachstum keineswegs von allen Fi-

8 ESG (*Environment, Social, Governance*) steht für die Idee, Geld nach ethischen Kriterien zu investieren, die Unternehmen dazu motivieren, auf Nachhaltigkeit und fairen Handel zu achten.

nanzmarktakteuren vollzogen, Entscheidungen im ökonomischen Feld bleiben umkämpft. Als Triebkraft für einen erfolgreichen sozial-ökologischen Umbau fallen wichtige institutionelle Anleger jedoch aus. Stattdessen werden Transfermechanismen eines Finanzkapitalismus reanimiert, die längst als überwunden galten. Sinkende Unternehmenswerte an den Börsen lassen große Konzerne und Kreditinstitute wie die Commerzbank zu Übernahmekandidaten werden, die sich mit hohen Gewinnausweisen gegen Eigentümerwechsel wehren. Traditionsunternehmen wie Thyssenkrupp sollen sich in Finanzholdings verwandeln. Selbst im Volkswagenkonzern rebellieren Eigentümer und Investoren wegen sinkender operativer Gewinnmargen, während das „Sparprogramm" des Vorstands, das Werksschließungen und betriebsbedingte Kündigungen androht, für deutliche Kurssteigerungen der VW-Aktie sorgt (Börse Frankfurt 2024).

Staatsintervention: Kann der Staat gegensteuern und den sozial-ökologischen Umbau fördern? Im politischen Feld der Transformation ist der sozial-ökologische Umbau zum Gegenstrand imperialer Rivalitäten geworden, bei denen es um Technologieführerschaft, Verfügung über knappe Naturstoffe sowie die Beherrschung von Güter- und Lieferketten geht. Dabei ist die Fähigkeit von Staaten, überschüssiges Kapital zwischen den verschiedenen Branchen, Sektoren und Kapitalkreisläufen hin- und herzulenken (Harvey 2005, 114), in besonderer Weise gefragt. Aus unterschiedlichen Motiven und mit je spezifischen Politiken haben sowohl die USA unter der Biden-Regierung als auch China im Vergleich weit mehr in die Förderung von Dekarbonisierung, grüner Technologie und sozial-ökologischer Transformation investiert als Deutschland und die EU.

Der Inflation Reduction Act (IRA), den die Biden-Regierung ins Leben rief, koppelte die Vergabe finanzieller Fördermittel an grüne Investitionen sowie Maßnahmen zugunsten nachhaltiger Produktion und sorgte so für vergleichsweise hohe Wachstumsraten. Wahlpolitische Misserfolge dieser Umbaustrategie sind wesentlich darauf zurückzuführen, dass eine Rückverteilung des erzeugten Mehrprodukts an die unteren Klassen ausblieb (Meier 2024). Ähnliches gilt für die chinesische Industriepolitik und ihr erfolgreiches Upgrading von Produktions- und Wertschöpfungsketten. So hat China frühzeitig, systematisch und planvoll in die Batterieelektrik investiert. Ein ehemaliger Chip-Produzent und Batteriehersteller wie BYD konnte so zu einem führenden Anbieter von E-Fahrzeugen aufsteigen. Die Produkte chinesischer Hersteller sind nicht nur preiswert, sondern Fahrzeugen aus Deutschland und Europa auch technisch überlegen.

Beide Beispiele beinhalten, was in Zeiten eines beschleunigten Umbruchs auch in kapitalistischen Ökonomien wirtschaftspolitisch erforderlich ist – ein Staat, der planvoll und weitsichtig agiert, um nicht nur gestörte Marktkoordination zu reparieren, sondern Zukunftsmärkte aktiv zu schaffen. Deutschland und

die EU schwanken hingegen beständig zwischen einer eher marktliberalen und einer eher staatszentrierten Auffassung sozial-ökologischer Transformation. Politische Konkurrenzen zwischen diesen strategischen Optionen führen zum Kern der europäischen, insbesondere der deutschen Misere. Obwohl 2024 das erste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen war, in welchem die neuralgische 1,5-Grad-Schwelle der Erderhitzung überschritten wurde (Copernicus 2025), ist die Dekarbonisierung der Volkswirtschaften noch immer ein realisierbares Ziel. Um die Klimaziele für 2030 noch zu erreichen, müsste die Reduktion von Treibhausgasen in der Bundesrepublik jedoch um das 1,5-Fache gesteigert werden (Staude 2025; Expertenrat für Klimafragen 2025). Folgt man der Expertise des Thinktanks Agora Energiewende, so werden für einen erfolgreichen sozial-ökologischen Umbau allein in Deutschland bis 2035 Investitionen in einer Größenordnung von 11 Prozent der Wirtschaftsleistung benötigt. 80 Prozent dieser Investitionen fallen wegen der Erneuerung des Kapitalstocks ohnehin an und müssen von der Privatwirtschaft erbracht werden. Für den Staat verbleiben dann aber noch immer Investitionen in einer Größenordnung von ungefähr 3 bis 3,5 Prozent des BIP – ein Bedarf, der in etwa dem entspricht, was laut EU-Beschluss künftig für das Erreichen von „Kriegstüchtigkeit", militärische Infrastruktur ausgeklammert, aufgewendet werden soll (Agora Energiewende 2024, 6).

Die Frage ist nur, wer den „ausgewogenen Politikmix" (ebd.) durchsetzen soll, der mittels Investitionsoffensive, Korrekturen an der Fiskalpolitik und Finanzierung über staatliche Mehreinnahmen für eine Nachhaltigkeitswende sorgen könnte. In den politischen Entscheidungszentren der EU blockieren sich markt- und staatszentrierte Politiken wechselseitig. Weil sie es nicht vermochten, ökologische Nachhaltigkeit glaubwürdig mit sozialer Gerechtigkeit und Prosperität zu verbinden, haben die politischen Protagonisten eines grünen Wachstums ihre Mehrheitsfähigkeit eingebüßt. Zeitgleich hat sich ein Raum für politische Allianzen geöffnet, die nun unter völlig anderen historischen Bedingungen praktizieren, was der Staatsrechtler Hermann Heller am Ende der Weimarer Republik für die Essenz eines autoritären Liberalismus hielt, dessen Credo die „Freiheit der Wirtschaft vom Staate!" war (Heller 1992 [1933], 650). In der Gegenwart erleben wir die Wiederkehr eines autoritären Liberalismus in neuem Gewand, der auf die konfliktreiche sozial-ökologische und digitale Transformation reagiert, indem er die nationalen Ökonomien von bürokratischen Fesseln befreien und den Klimaschutz, so er überhaupt noch als relevantes Ziel angestrebt wird, in erster Linie den Marktkräften und dem technischen Fortschritt überlassen will. Ein autoritärer Staat, der die Exekutive zulasten demokratisch-parlamentarischer Verfahren stärkt, soll die Folgen bearbeiten.

4 Krise des finanzialisierten Wachstums – zwei Überlegungen

Die Beharrungskraft des Finanzkapitalismus und seiner Transfermechanismen verstärkt diesen politischen *backlash*. Strukturelle Hinterlassenschaften einer „Trickle-up-Ökonomie", die anhaltende Krisenträchtigkeit der Finanzialisierung, aber auch die Reanimation eines längst totgesagten Shareholder-Denkens, wie wir es, siehe VW, selbst in Unternehmen mit großer Gewerkschaftsmacht und starken Ankeraktionären erleben, blockieren den sozial-ökologischen Umbau der Industrie. Was bedeutet das mit Blick auf unsere Ausgangsthesen und die Zukunft der industriellen Transformation?

4.1 Die (finanz-)kapitalistische Miko-Makro-Dynamik

Unsere *erste* Antwort ist eine theoretisch-konzeptuelle. Tatsächlich müssen Entwicklungen „auf der Mikro- und Meso-Ebene in die Makro-Dynamiken kapitalistischer Kontexte eingebettet werden" (Urban 2025, 303). Eine Heuristik, die ignoriert, „dass die ‚ökonomische Zivilisation' (Gramsci 1998: 1826) des Finanzmarktkapitalismus auch die Konflikte auf betrieblicher oder Branchenebene prägt, bliebe defizitär" (Urban 2025, 303). Umgekehrt gilt aber auch, dass sich auf der Betriebs- und Unternehmensebene Phänomene aufspüren lassen, die sich nicht in das Bild allmächtiger Finanzmarktakteure fügen. Wie unsere Betriebsfallstudien u.a. im VW-Werk Kassel-Baunatal belegen (Dörre u.a. 2024), kann eine ausgebaute Mitbestimmung zum Treiber grüner Innovationen und der Dekarbonisierung industrieller Produktion werden. Im Rahmen des „Kassler Wegs" setzten Werksleitung und Betriebsrat zu einem Zeitpunkt auf Elektroantriebe, als davon in der Konzernspitze noch keine Rede war. Dieser Innovationsvorsprung hat dazu geführt, dass dem Werk nun eine Leitfunktion bei der Antriebswende zugesprochen wird. Entsprechende Mikro-Makro-Dynamiken verweisen darauf, dass Transfermechanismen der Finanzialisierung wie die Shareholder-Value-Doktrin als widersprüchliche, umkämpfte Managementkonzepte begriffen werden müssen, die im Zeitverlauf verschleißen, besonders in Krisenzeiten aber auch wiederbelebt werden können.

Weichenstellungen zugunsten der Restauration eines fossilen Kapitalismus lassen sich analytisch nur erfassen, wenn die beharrenden „Strukturparameter" (Lutz 1984, 62) der finanzgetriebenen Landnahme und ihrer Transfermechanismen analytisch wahrgenommen werden. Wer hingegen – wie in der deutschsprachigen Forschung verbreitet – ausschließlich auf Inkohärenzen und Begrenzthei-

ten der Finanzialisierung verweist, wird Schwierigkeiten haben, das akute Spannungsverhältnis von kurzfristigen Renditeerwartungen und sich erst langfristig amortisierenden Investitionen, die der sozial-ökologische Umbau benötigt, soziologisch angemessen auf den Begriff zu bringen. Zugespitzt formuliert: Die Shareholder-Value-Steuerung mag „die dümmste Idee der Welt" (Jack Welch, zit. n. Blakeley 2021, 114) sein; das ändert aber nichts daran, dass diese Idee sich machtpolitisch höchst wirkungsvoll zugunsten von Eigentümer- und Managerinteressen einsetzen und gegen Belegschaften, Mitbestimmung, Gewerkschaften, Klimabewegung und „grüne" Politik in Stellung bringen lässt.

4.2 Kostenfalle, Entkollektivierung, autoritäre Gefahr

Das führt zu einer *zweiten*, eher zeitdiagnostischen Überlegung, die sich mit der Kostenfalle sozial-ökologischer Transformation beschäftigt. Dabei handelt es sich um eine Grundproblematik, die allen Spielarten eines „grünen Kapitalismus" innewohnt. Werden Marktmechanismen zu sehr betont, geht das zulasten sozialer Gerechtigkeit und erzeugt deshalb Widerstände gegen den ökologischen Umbau. Setzt man hingegen auf einen Staat, der gezielt in die Wirtschaft interveniert, um Zukunftsmärkte zu schaffen, drohen Fehlallokationen und Widerstände von Unternehmensseite. Deshalb pendelt der Transformationsstaat beständig zwischen kurzfristigen Marktanforderungen und der Notwendigkeit einer planvollen Steuerung von Investitionen hin und her. Sein Kernproblem ist die Lenkung von überschüssigem Kapital in Zukunftsfelder – eine Zielstellung, die immer wieder Gefahr läuft, an trägen Bürokratien und ungünstigen politischen Konjunkturen zu scheitern. Die Finanzialisierung reagiert auf diese Problematik und verschärft sie zugleich, weil sie die Selbststabilisierungsmechanismen expansiver Märkte untergräbt.

Das zeigt sich besonders an der Tendenz zur Schwächung organisierter Arbeitsbeziehungen, die jenseits der Großbetriebe mehr und mehr auf eine *Entkollektivierung* der Arbeitswelt hinausläuft. Unter anderen Vorzeichen wiederholt sich, was zu Beginn der 1970er Jahre schon einmal Ausgangspunkt für einen – damals noch globalisierungsaffinen – Marktliberalismus war. Jedes Unternehmen ist zunächst einmal ein Gebilde, das „Arbeiter regiert" (Chamayou 2019, 13). Die Aufsässigkeit der Arbeiterschaft – Absentismus, Sabotage in der Produktion, Arbeitskämpfe und Streikwellen – löste damals eine Offensive der Kapitalseite aus. Sie richtete sich gegen Arbeiterbewegungen und Gewerkschaften, die angeblich für Unregierbarkeit der Unternehmen gesorgt hatten, und bediente sich einer „ganzen Palette an Taktiken zur ‚Entsyndikalisierung'" (ebd., 49).

Nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2007 bis 2009 konnte zumindest in Deutschland der Eindruck entstehen, dass diese Offensive zum Stillstand gekommen sei. Die Gewerkschaften hatten sich als unverzichtbare Krisenmanager erwiesen und mit dafür gesorgt, dass die deutsche Wirtschaft vergleichsweise robust aus dem weltweiten Crash hervorging. Wer mutmaßte, diese Erfahrung sei von Dauer, erlag offenkundig einem Irrtum. Nun greifen – wie der tarifpolitische Tabubruch bei VW im September 2024 mit der Aufkündigung einer langfristigen Beschäftigungsgarantie illustriert – selbst solche Unternehmen, die einst für den kooperativen Geist des deutschen Sozialkapitalismus standen, auf ein taktisches Arsenal zurück, wie es bisher bevorzugt in angelsächsischen Kapitalismen praktiziert wurde. Ziel ist zumindest in Deutschland und im Bereich großer Unternehmen keine vollständige Entsyndikalisierung; eher geht es darum, die Konfliktfähigkeit ohnehin geschwächter Gewerkschaften weiter zu beschneiden.

Damit verbundene Ohnmachtserfahrungen erzeugen einen Problemrohstoff, den die radikale Rechte für sich zu nutzen weiß. Im Wechselspiel mit diversen rechtsoppositionellen Organisationen präsentiert sich die programmatisch noch immer marktliberale AfD als Anwältin der „kleinen Leute“, deren Interessen angeblich gezielt dem grünen Klimawahn geopfert werden. Bei der Bundestagswahl 2025 erzielte die AfD spektakuläre Wahlerfolge ausgerechnet in Regionen, in denen die wirtschaftliche Prosperität im Grunde von einem erfolgreichen sozialökologischen Umbau der Industrie abhängt. Nehmen wir den sächsischen Automobilcluster in der Region Chemnitz/Zwickau als Beispiel. Im Wahlkreis Zwickau, wo sich ein auf elektromotorische Fahrzeuge ausgerichtetes VW-Werk mit zu Hochzeiten bis zu 10.000 Beschäftigten befindet, stimmten nahezu 40 Prozent der Wählerschaft für die AfD. Dabei zeigt sich, was „autoritärer Liberalismus“ heute politisch beinhaltet. Im Osten sind die befragten Arbeiter zu erheblichen Teilen marktaffin. Selbst wenn sie gewerkschaftlich organisiert sind, beklagen sie mitunter, dass ihre Organisation „zu viel fordert“ und wirtschaftliche Interessen missachtet. Man meint, die Unternehmensleitung habe nicht genug aus ihren Beschäftigten „herausgeholt“, ruft aber zugleich nach einem Staat, der vor den unliebsamen Folgen des Wettbewerbs schützen soll.

Mit ihren windigen Mutmaßungen zum angeblichen Deindustrialisierungstreiber „E-Auto-Planwirtschaft“ stellt sich die AfD einmal mehr gegen wissenschaftliche Expertise, wie sie gleichlautend sowohl von Gewerkschaftsseite als auch aus dem Arbeitgeberlager ins Feld geführt wird. Eine Abkehr von E-Mobilität zugunsten von „Technologieoffenheit“ und einer „Rolle rückwärts“ beim Aus für die Neuzulassung von verbrennungsmotorischen Fahrzeugen könnte die Branche allein im Osten Deutschlands bis zu 10.000 direkte Arbeitsplätze kosten

(CATI/automotive 2025). Unfähig, ihre Anliegen im organisierten demokratischen Klassenkampf erfolgreich durchzusetzen, tendieren Teile der Industriearbeiterschaft dazu, ihre Interessen an die radikale Rechte zu delegieren. Die AfD und ihre Vorfeldorganisationen präsentieren sich als volksnahe Kraft, die Lohnabhängigen wirksamen Schutz, gesellschaftliche Anerkennung und Bewahrung ihrer kulturellen Identität verspricht. Die Sicherheitsinteressen heimischer „Qualitätsarbeiter" werden so konstruiert, dass sie sich erfolgreich gegen eine Klimapolitik in Stellung bringen lassen, die angeblich darauf zielt, hart arbeitende Menschen ärmer zu machen. Die Relativierung oder gar Leugnung des Klimawandels bedient das Interesse am Statuserhalt. Suggeriert wird, eine – gleichsam idealisierte – soziale Ordnung lasse sich wieder herstellen, indem man mit der Leugnung des Klimawandels zugleich die Notwendigkeit eines sozial-ökologischen Umbaus der Industrie bestreitet.

Lässt sich der autoritären Gefahr etwas entgegensetzen? Befriedigende Antworten fallen derzeit schwer. Offensichtlich ist jedoch, dass Rendite- und Nachhaltigkeitszielen in ihrer gegenwärtigen institutionellen Fixierung ein Antagonismus innewohnt, der sich nur dann zugunsten einer Nachhaltigkeitswende bearbeiten lässt, wenn die Logik der Finanzialisierung zurückgedrängt wird.

5 Ökologischer Sozialstaat statt Deindustrialisierung

In seiner Auseinandersetzung mit dem „autoritären Liberalismus" seiner Zeit hoffte Hermann Heller auf die Einsicht der Bürger, dass kein Staat, „der wirklich den Willen hat", die „freie Arbeitskraft aller wirtschaftstreibenden Menschen zu sichern", den Rückzug aus der Wirtschaft antreten dürfe. Der demokratische Staat „wird gerade auf dem ökonomischen Gebiet autoritär, und zwar sozialistisch auftreten" müssen, lautet Hellers Schlussfolgerung (Heller 1992 [1933], 653). Eine derartige Staatsfixierung wird man im 21. Jahrhundert keinesfalls bruchlos fortschreiben können, denn solange „die angebotene Lösung darauf hinausläuft, das Monopol des Kapitals durch das Monopol des Staates zu ersetzen und so letztlich die Mängel beider zu summieren" (Braudel 1986, 708), klingt der Ruf nach Staatsintervention wenig überzeugend. Klar ist jedoch, dass ständige Mahnungen nach dem Muster, der Sozialstaat sei nicht mehr finanzierbar und es müsse künftig länger und härter gearbeitet werden, für eine Verunsicherung sorgen, die eine Orientierung an Klima- und Dekarbonisierungszielen zusätzlich erschwert.

Das könnte sich ändern, wenn die Transformation mit der Vision eines ökologischen Sozialstaats verbunden würde. Was hätte diese neue Staatsform zu leisten? Auf der Mikroebene würde es darum gehen, Distinktionskämpfen um eine angemessene Lebensführung die spaltende Wucht zu nehmen. Das ist nur möglich, wenn deutlich wird, dass der sozial-ökologische Umbau ein besseres Leben für alle ermöglicht. Dafür muss eine finanzkapitalistische Logik, die den wachsenden Reichtum winziger Minderheiten zulasten von Armut, Not und Prekarität vieler generiert (Piketty 2014) und so die Chancen ökologisch nachhaltiger Veränderungen minimiert, zunächst abgeschwächt und schließlich vollständig überwunden werden. Wachsende soziale Ungleichheit fördert positionalen Konsum, der von der Angst angetrieben wird, den Anschluss an gesellschaftliche Standards zu verpassen. Distinktionsstreben, aber auch die Aktivitäten der Werbeindustrie und vor allem die ungleich verteilte Entscheidungsmacht bei Investitionen, Produkten und Produktionsverfahren bedeuten, dass Konsumenten ihren Lebensstil nicht einfach frei wählen können. Könnten sie es, würden sie die Erfahrung machen, dass ein Großteil der Energie im Produktionssektor benötigt, der Löwenanteil klimawirksamer Emissionen von privaten Unternehmen erzeugt und der Müll überwiegend seitens der Großindustrie produziert wird (Foster u.a. 2011, 363). Aus diesem Grund dürfen ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ökologische Nachhaltigkeit verlangt nach substanzieller Gleichheit. Gleichberechtigte Teilhabe an lebenswichtigen Entscheidungen fördert individuelles Glück und ist das Gegenteil von nivellierender Gleichmacherei. Die Suche nach Maßstäben für ein gutes Leben erfüllt eine wichtige gesellschaftliche Funktion, weil sie das Bewusstsein für die zerstörerischen Wirkungen destruktiven Wachstums schärft. Kontraproduktiv wirkt die ethisch inspirierte Wachstumskritik allerdings, wenn sie sozial erblindet und jegliche Trennschärfe zu einem (Neo-)Konservatismus aufgibt, der ökologische Krisen als Legitimation für Wohlstandsverzicht und wachsende Ungleichheit benutzt.

Die Bereitschaft, die eigene Arbeits- und Lebensweise an ökologische Nachhaltigkeitsgebote anzupassen, ist in der Industriearbeiterschaft durchaus gegeben. Allerdings gibt es deutliche geschlechts- und generationenspezifische Unterschiede. So sind Auszubildende in der Autoindustrie durchaus bereit, auf einen eigenen Pkw zu verzichten, wenn sie ihre Mobilitätsbedarfe auf andere Weise befriedigen können. Und weibliche Beschäftigte können, wie unsere Erhebungen belegen, höheren Preisen für Lebensmittel aus regionalem Anbau etwas abgewinnen, sofern das zu sorgsamerem Umgang mit Nahrung animiert. Die Bereitschaft, sich an Transformationskosten zu beteiligen, nimmt jedoch in dem Maße ab, wie Klimaungerechtigkeit und ökologisch motivierte Abwertung der

eigenen Lebensstile (Dörre u.a. 2024) den unmittelbaren Erfahrungshorizont prägen. Ändern lässt sich das nur, sofern sozialstaatliche Leistungen – statt wie jetzt auf den bloßen Erwerb – künftig auf „Arbeit als lebensspendenden Prozess" (Foster u.a. 2011, 381) bezogen werden. Auch die überwiegend unbezahlten Sorgetätigkeiten und die Arbeit an der Demokratie sind förderungswürdige Leistungen. Dies angemessen zu berücksichtigen würde Druck von den Schwächsten der Gesellschaft nehmen und so der zersetzenden Dynamik symbolischer Distinktionskämpfe, die den Gegner primär im sozialen Nahbereich, unter Geflüchteten und Bürgergeldbeziehern suchen, Grenzen setzen.

Auf der Mesoebene könnte ein ökologischer Sozialstaat dazu beitragen, dass das Wechselspiel von positiver und negativer Privilegierung, welches Abschottung und soziale Schließung bewirkt, durch institutionelle Anreize für sinnvolle, weil ökologisch und sozial nachhaltige Arbeit grundlegend korrigiert wird. Statusgarantien für Beschäftigte, die in den Karbonbranchen ihre Arbeitsplätze verlieren, gehören ebenso zu den erforderlichen Maßnahmen wie die materielle und kulturelle Aufwertung aller sorgenden, pflegenden, bildenden und erziehenden Tätigkeiten, die in der Gegenwart vorwiegend von Frauen und immer häufiger von migrantischen Arbeitskräften ausgeübt werden. Nicht minder wichtig ist in diesem Zusammenhang ein barrierefreies Bildungs- und Ausbildungswesen. Es hätte den Zugang zu den privilegierten beruflichen Positionen für eine Arbeiterschaft zu öffnen, der solche Möglichkeiten gegenwärtig verwehrt bleiben. Eine Karenzzeit nach österreichischem Vorbild, die zuvor Berufstätigen den Einstieg in ein Studium auf der Grundlage von mindestens 60 Prozent des letzten Nettolohns im ersten Studienjahr garantiert, wäre hier ein erster wichtiger Schritt. Das alles ist nur finanzierbar, wenn Wohlhabende gemäß ihrem ökologischen und Klimafußabdruck an den Kosten der sozial-ökologischen Transformation beteiligt werden. Grundsätzlich muss für die gesellschaftliche Verteilungsebene gelten: Je größer der Klimafußabdruck, desto umfangreicher muss auch der Beitrag sein, der einen ökologischen Sozialstaat finanziert. Nur so lässt sich korrigieren, was Forschungen zum Verhältnis von sozialer Ungleichheit und klimaschädlichen Emissionen belegen – der unverhältnismäßig hohe Emissionsausstoß kapitalistischer Eliten, der vor allem zulasten der ärmeren Bevölkerung geht (Oxfam 2022).

Makrosozial geht es allerdings um weit mehr als um die Kosten der Transformation. Der Ausschluss der eigentlichen Produzenten von Produktionsentscheidungen bewirkt eine *relative* Gleichgültigkeit der Arbeitenden gegenüber den von ihnen erzeugten Gütern. Diese Gleichgültigkeit macht „apokalypse-blind" (Anders 2018 [1956], 317). Dies gilt es zu verändern, wenn die Vision eines ökologischen Sozialstaats Ausstrahlungskraft haben soll. Zu realisieren wäre, was der-

zeit nur kritische Minderheiten in Betriebsräten und Gewerkschaften im Einvernehmen mit Teilen der Klimabewegungen einklagen: eine radikale Demokratisierung eigentumsbasierter Entscheidungsmacht. In einem ökologischen Sozialstaat hätte sich Wirtschaftsdemokratie auf die potenzielle Weigerung der Arbeitenden zu gründen, Produkte, die ökologisch unverantwortbare Effekte nach sich ziehen, überhaupt herzustellen. Staatliche Gelder, die in Krisensituationen in die Privatwirtschaft fließen, könnten in Belegschaftseigentum überführt werden, das gesellschaftliche Fonds verwalten. Ein solcher Ansatz würde dem Meidner-Plan ähneln (Meidner/Hedborg 1984; Erixon 2011), wie ihn Schwedens Gewerkschaften in den 1970er Jahren vorschlugen. Die Stärkung des öffentlichen Sektors, etwa durch Rückführung von Post, Kliniken, Telekommunikation und Wohnungswirtschaft nicht unbedingt in staatlichen, sondern beispielsweise in gemeinschaftlich-genossenschaftlichen Besitz, wäre ein weiterer Ansatzpunkt, um kollektive Entscheidungen zugunsten sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu fördern.

Ein ökologischer Sozialstaat, der wirtschaftliche Entscheidungsmacht demokratisiert, könnte einen wichtigen Beitrag leisten, um ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele in eine für gesellschaftliche Mehrheiten akzeptable Balance zu bringen. Weil er dies für transnationale Güter- und Produktionsketten zu leisten hätte, müsste er ein Inter-Nationalstaat sein (Piketty 2022, 256 ff.). In seinem Bemühen, die planetarischen „Bewohnbarkeitsbedingungen“ (Latour/Schultz 2022, 26) zu bewahren, würde er ein konservatives Grundmotiv aufnehmen. Zugleich träte er das Erbe libertärer Ideen an, denn wirklich frei sein können wir nur, sofern wir Verantwortung „auch für das übernehmen, was wir erzeugen“ (Anders 1982, 369). Ein ökologischer Sozialstaat würde die strukturelle Trennung von Produktion und Gewissen nicht gänzlich beseitigen. Die schrittweise Verwirklichung dieser Vision wäre jedoch ein Meilenstein auf einem Weg, der es erlaubte, die zerstörerische „Apokalypse-Blindheit“ zu überwinden.

6 Ausblick

Gegen den fossilen Backlash und die antigewerkschaftlichen, ja antikollektivistischen Positionierungen, wie sie ein Elon Musk mit besonderer Vehemenz und Durchschlagskraft inszeniert, werden es entsprechende Vorschläge vorerst schwer haben. An Verzweigungspunkten gesellschaftlicher Entwicklung genügt jedoch mitunter der Flügelschlag eines Schmetterlings, um zählebige Systeme wie das des finanzialisierten Kapitalismus binnen kürzester Zeit zum Einsturz zu bringen. In solchen gesellschaftlichen Übergangsphasen wiegt der „Faktor des

freien Willens“, der Gelegenheiten für grundlegende Veränderung erkennt und sie entschlossen zu nutzen weiß, besonders schwer (Wallerstein 2002, 101). Dass sich Gelegenheiten für radikale Veränderungen ergeben könnten, hängt mit dem enormen Investitionsaufwand zusammen, den der sozial-ökologische Umbau weltweit erfordert. Würden Gesellschaften den „privaten Regierungen“ großer Unternehmen sämtliche externalisierten Kosten in Rechnung stellen, wäre rasch offensichtlich, dass die gewinn- und renditegetriebene Marktexpansion an Grenzen stößt, die sie mit systemimmanenten Mitteln nicht zu überwinden vermag.

Vorerst handelte es sich jedoch bereits um einen beträchtlichen Fortschritt, wenn „neue Strukturparameter“ gefunden würden, „mit deren Durchsetzung eine Stockungsphase beendigt bzw. eine Krise überwunden“ und die Deindustrialisierung gestoppt werden kann (Lutz 1984, 62). Eine planvolle, langfristig angelegte, intelligente Industriepolitik, die sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitszielen entspricht, ist dafür unentbehrlich. Sie darf allerdings – das ist eine Schwäche von Mazzucatos Überlegungen – kein Projekt sein, das rein technokratisch und ausschließlich top-down betrieben wird. Stattdessen hätte sie nach Anzeichen für molekulare Transformationen, nach kleinräumig praktizierten Alternativen und Produkt- und Verfahrensinnovationen zu suchen, wie sie in den Nischen des finanzialisierten Kapitalismus immer wieder neu entstehen. Eine öffentliche Soziologie der Transformation habe konkrete Utopien auszuarbeiten, „die in Keimformen auf der ganzen Welt zu finden sind“, hat uns Michael Burawoy wissen lassen (Burawoy 2015, 159). Diese Suche voranzutreiben ist Aufgabe einer kritischen Transformationsforschung, die das Arrangement mit dem vermeintlich Unabweisbaren für einen folgenreichen Fehlschluss hält.

Literatur

Adler, F. (2024): Abschied von „Fortschritt“ und „Transformation“? Kritische Anmerkungen zu einer zeitdiagnostischen Strömung; in: Soziopolis, 12. Dezember 2024. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-98535-1

Agora Energiewende (2024): Investitionen für ein Klimaneutrales Deutschland. Finanzbedarfe und Politikoptionen; in: Agora Energiewende, 12. Dezember 2024. https://www.agoraenergiewende. de/publikationen/investitionen-fuer-ein-klimaneutrales-deutschland

Anders, G. (1982): Hiroshima ist überall. München

Anders, G. (2018 [1956]): Die Antiquiertheit des Menschen. Band 1: Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution. München

BA (Bundesagentur für Arbeit) (2025): Blickpunkt Arbeitsmarkt – Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt 2025, Monat Mai. Nürnberg

Blakeley, G. (2021): Stolen: So retten wir die Welt vor dem Finanzkapitalismus. Berlin
Blühdorn, I. (2024): Soziologische Zeitenwende; in: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, 63, 245/246, 101–116
Börse Frankfurt (2024): Aktie im Fokus: Sparpläne von Volkswagen kommen an der Börse gut an, in: Börse Frankfurt, 2. September 2024. https://www.boerse-frankfurt.de/nachrichten/AKTIE-IM-FOKUS-Sparplaene-von-Volkswagen-kommen-an-der-Boerse-gut-an-91e7285c-fd7c-4137-8e0b-a9bd393bd8a2
Braudel, F. (1986): Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. Aufbruch zur Weltwirtschaft. Frankfurt am Main, Olten, Wien
Burawoy, M. (2015): Public Sociology. Öffentliche Soziologie gegen Marktfundamentalismus und globale Ungleichheit. Hg. von Brigitte Aulenbacher und Klaus Dörre mit einem Nachwort von Hans-Jürgen Urban. Weinheim
Butting, O., K. Dörre, N. Fülöp (2025): Klasse, Klima, Konflikt. Gesellschafts- und Naturbewusstsein in der Transformation; in: K. Dörre, S. Liebig, K. Lucht, L. Michaelis, J. Sittel (Hg.): Umkämpfte Transformation – Konflikte um den digitalen und ökologischen Wandel. Frankfurt am Main, 41–100
CATI, automotive thüringen (2025): Potential- und Jobanalyse E-Mobilität Ostdeutschland. Erfurt, Chemnitz
Chamayou, G. (2019): Die unregierbare Gesellschaft: Eine Genealogie des autoritären Liberalismus. Berlin
Chancel, L. (2022): Global carbon inequality over 1990–2019; in: Nature Sustainability, 5, 11, 931–938
Copernicus Climate Change Service (C3S) (2025): Climate Bulletins
Destatis (2024): Weiterhin gut ein Fünftel der Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Pressemitteilung Nr. 147, 10. April 2024. Wiesbaden
Destatis, WZB (2021): Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn. https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/dr2021_barrierefrei.pdf
Dörre, K. (2009): Die neue Landnahme: Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus; in: K. Dörre, S. Lessenich, H. Rosa (Hg.): Soziologie – Kapitalismus – Kritik: Eine Debatte. Frankfurt am Main, 21–86
Dörre, K. (2015) : Social capitalism and crisis: From the internal to the external Landnahme; in: K. Dörre, S. Lessenich, H. Rosa (Hg.): Sociology – Capitalism – Critique. London, New York, 247–279
Dörre, K. (2019): Risiko Kapitalismus. Landnahme, Zangenkrise, Nachhaltigkeitsrevolution; in: K. Dörre, H. Rosa, K. Becker, S. Bose, B. Seyd (Hg.): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Sonderband des Berliner Journals für Soziologie. Wiesbaden, 3–34
Dörre, K., S. Liebig, K. Lucht, J. Sittel (2024): Klasse gegen Klima? Transformationskonflikte in der Autoindustrie; in: Berliner Journal für Soziologie, 34, 1, 9–46
Dörre, K., S. Liebig, K. Lucht, L. Michaelis, J. Sittel (2025a): Einleitung. Das große Rollback – von der Transformation zur Restauration?; in: dies. (Hg.): Umkämpfte Transformation: Konflikte um den digitalen und ökologischen Wandel. Frankfurt am Main, 9–37
Dörre, K., S. Liebig, K. Lucht, L. Michaelis, J. Sittel (2025b): Umkämpfte Transformation. Anhang; in: K. Dörre, S. Liebig, K. Lucht, L. Michaelis, J. Sittel (Hg.): Umkämpfte Transformation: Konflikte um den digitalen und ökologischen Wandel. Frankfurt am Main, 353–362
Dörre, K., S. Liebig, K. Lucht, J. Sittel (2025c): Korporatismus ade! Transformationskonflikte und die Krise der Autoindustrie; in: K. Dörre, S. Liebig, K. Lucht, L. Michaelis, J. Sittel

(Hg.): Umkämpfte Transformation: Konflikte um den digitalen und ökologischen Wandel. Frankfurt am Main, 127–168
Engels, F. (1971 [1894]): Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring"); in: MEW 20. Berlin, 2–303
Epstein, G. A. (Hg.) (2005): Financialization and the world economy. Cheltenham, Northampton
Erixon, L. (2011): A social innovation or a product of its time? The Rehn-Meidner model's relation to contemporary economics and the Stockholm school; in: The European Journal of the History of Economic Thought, 18, 1, 85–123
Expertenrat für Klimafragen (2025): Zweijahresgutachten 2024: Gutachten zu bisherigen Entwicklungen der Treibhausgasemissionen, Trends der Jahresemissionsgesamtmengen und Jahresemissionsmengen sowie Wirksamkeit von Maßnahmen (gemäß § 12 Abs. 4 Bundes-Klimaschutzgesetz). Berlin
EY (Ernst & Young) (2023): Bilanzen der Autokonzerne: Umsatz wächst weiter deutlich – aber Marge schrumpft. Pressemitteilung, 29. Mai 2023. https://www.ey.com/de_de/newsroom/2023/05/umsatz-bei-autokonzernen-waechst-weiter-deutlich-aber-marge-schrumpft
EY (2025a): Automobilstandort Deutschland: Umsatz und Beschäftigung sinken. Pressemitteilung, 6. März 2025. https://www.ey.com/de_de/newsroom/2025/03/ey-automobilstandort-deutschland-2025
EY (2025b): DAX-Konzerne überwiegend in ausländischer Hand. Pressemitteilung, 31. Juli 2025. https://www.ey.com/de_de/newsroom/2025/08/ey-wem-gehoert-der-dax-2025
Faust, M., J. Kädtler, H. Wolf (Hg.) (2017): Finanzmarkt-Kapitalismus? Der Einfluss von Finanzialisierung auf Arbeit, Wachstum und Innovation. Frankfurt am Main
Fink, L. (2020): A Fundamental Reshaping of Finance. Larry Fink's 2020 Letter to CEOs. Blackrock, 17. März 2020. https://www.blackrock.com/corporate/investor-relations/2020-larry-fink-ceo-letter
Foster, J. B., B. Clark, R. York (2011): Der ökologische Bruch: Der Krieg des Kapitals gegen den Planeten. Hamburg
Galbraith, J. K. (2016): Wachstum neu denken: Was die Wirtschaft aus den Krisen lernen muss. Zürich
Gramsci, A. (1998): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Frankfurt am Main
Güßgen, F., C. Thier (2025): „Wir müssen feststellen: Der Patient droht, auf dem OP-Tisch zu sterben": Die grüne Transformation der Industrie steht auf der Kippe. In vielen Betrieben wachsen Zweifel – wieder hoffen sie auf den Steuerzahler; in: WirtschaftsWoche, 30. Juli 2025. https://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/erneuerbare-energien-ist-deutschland-am-ende-der-gruenen-welle/100143823.html
Harvey, D. (2005): Der neue Imperialismus. Hamburg
Heller, H. (1992 [1933]): Autoritärer Liberalismus?; in: M. D. Borinski, C. Müller, G. Niemeyer, O. Stammer (Hg.): Gesammelte Schriften II. Recht, Staat, Macht. Tübingen, 643–653
Hirsch-Kreinsen, H., P. Ittermann, J. Niehaus (Hg.) (2018): Digitalisierung industrieller Arbeit. Die Vision Industrie 4.0 und ihre sozialen Herausforderungen. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Baden-Baden
Honold, D. (2020): Das neue Davoser Manifest 2020 und Stakeholder Kapitalismus; in: Corporate Finance, 01–02. https://research.owlit.de/document/fa3e3f95-49b4-3017-91ce-b4c9713900ca
Huber, M. T. (2022): Climate Change as Class War: Building socialism on a warming planet. London, New York

Kraemer, K., S. Nessel (Hg.) (2012): Entfesselte Finanzmärkte: Soziologische Analysen des modernen Kapitalismus. Frankfurt am Main
Latour, B., N. Schultz (2022): Zur Entstehung einer ökologischen Klasse: Ein Memorandum. Berlin
Lutz, B. (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität: Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts. Frankfurt am Main
Luxemburg, R. (1975 [1913]): Die Akkumulation des Kapitals: Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus; in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): Gesammelte Werke. Berlin, 5–411
Matthes, S. (2025a): Das Erfolgsmodell der deutschen Industrie weicht einer neuen Realität; in: Handelsblatt, 1. August 2025. https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-das-erfolgsmodell-der-deutschen-industrie-weicht-einer-neuen-realitaet/100145296.html
Matthes, S. (2025b): Keine Fragen mehr an Olaf Scholz – Elf Lehren aus Davos; in: Handelsblatt, 24./25. Januar 2025. https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/world-economic-forum-keine-fragen-mehr-an-olaf-scholz-elf-lehren-aus-davos/100102796.html
Mazzucato, M. (2013): Das Kapital des Staates: Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum. Frankfurt am Main
Mazzucato, M. (2020): Mission-Oriented Public Procurement: Lessons from international examples. Policy Report. London
Meidner, R., A. Hedborg (1984): Modell Schweden: Erfahrungen einer Wohlfahrtsgesellschaft. Frankfurt am Main, New York
Meier, A. (2024): „It's the economy, stupid!": Wie stark werden wirtschaftliche Sorgen die Bundestagswahl entscheiden?; in: Tagesspiegel plus, 18. November 2024. https://www.tagesspiegel.de/politik/its-the-economy-stupid-wie-stark-werden-wirtschaftliche-sorgen-die-bundestagswahl-entscheiden-12693926.html
Moawad, J., D. Oesch (2025): The myth of the middle class squeeze: Employment and income by class in six Western countries, 1980–2020; in: Comparative Political Studies, 58, 8, 1636–1669
Nassehi, A. (2024): Kritik der großen Geste: Anders über die gesellschaftliche Transformation nachdenken. München
Oxfam (2022): Inequality Kills: The unparalleled action needed to combat unprecedented inequality in the wake of COVID-19. Oxford
Piketty, T. (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München
Piketty, T. (2022): Eine kurze Geschichte der Gleichheit. München
Polanyi, K. (1995 [1944]): The Great Transformation. Boston
Preuss, S. (2022): Jahresbrief von Larry Fink: Transformative Kräfte des Kapitals; in: Das Investment, 20. Januar 2022. https://www.dasinvestment.com/die-transformative-kraft-des-kapitalismus/
Schmalz, S. (2025): Eine endlose Finanzkrise? Die kapitalistische Weltwirtschaft zwischen Transformation und Refiguration; in: Berliner Journal für Soziologie, 35, 101–125. https://doi.org/10.1007/s11609-025-00555-6
Schwab, K., T. Malleret (2020): COVID-19: Der große Umbruch. Cologny (Genf)
Staude, J. (2025): Klimaschutz kann nicht mehr isoliert gedacht werden; in: klimareporter, 5. Februar 2025. https://www.klimareporter.de/deutschland/klimaschutz-kann-nicht-mehr-isoliert-gedacht-werden

Streeck, W. (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus: Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012. Berlin

Teubner, U., T. Smith, S. Albrecht-Suliak, D. Vogeler, E. Symanzig (2025): Es ist 5 nach 12 – deshalb Industriearbeitsplätze jetzt! https://assets.ctfassets.net/mj324dykhxwi/3rM7ErCpUK2ETp3yZKONP0/1fc6ab8246e863df6db4e47fd5008c07/2025-07-03_Anschreiben_Bundeskanzler_Industriearbeitsplätze_-_JETZT.pdf

Urban, H.-J. (2025): Determinanten der ökologischen Transformation: Soziologische Analysen und strategische Implikationen; in: K. Dörre, S. Liebig, K. Lucht, L. Michaelis, J. Sittel (Hg.): Umkämpfte Transformation: Konflikte um den digitalen und ökologischen Wandel. Frankfurt am Main, 299–321

Wallerstein, I. M. (2002): Utopistik: Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Wien

Windolf, P. (2005): Was ist Finanzmarkt-Kapitalismus?; in: ders. (Hg.): Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen. Sonderheft 45 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden, 20–57